Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ratsbetreuender Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 31.07.2002
	Schriftführer Telefon-Nr. Herr Kredelbach 02202/142237

Niederschrift

Rat	**Sitzung am Dienstag, 16.07.2002**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr - 20:06 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 19:00 Uhr – 19:10 Uhr 20:30 Uhr – 20:40 Uhr

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Inhalt

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 16.05.2002 - öffentlicher Teil -
373/2002

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

5. Selbständige Schule
310/2002

6. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2002
398/2002

7. **Beteiligungsbericht 2000**
363/2002

8. **Feststellung des Jahresabschlusses 2000 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Feuerwehr Bergisch Gladbach**
357/2002

9. **Jahresabschluß 2001 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
366/2002

10. **Jahres- und Lagebericht 2001 des Stadtarchivs**
301/2002

11. **Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"**
302/2002

12. **Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Bildungseinrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"**
303/2002

13. **Jahres- und Lagebericht 2001 der Stadtbücherei**
304/2002

14. **Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach"**
305/2002

15. **Einwohnerfragestunde**
422/2002

16. **Schenkungen und Stiftungen an die Museen der Stadt Bergisch Gladbach**
308/2002

17. **Freistellung von der Verdingungsordnung für Bauleistungen und Leistungen (VOB und VOL)**
- Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach am Modellversuch des Landes nach § 126 Go NW -
407/2002

18. **Änderung Nr. 112/1494 - Auf´m Büchel - des Flächennutzungsplanes**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluß als Satzung
338/2002

19. **Wiederwahl des Schiedsmannes für den Schiedsamtsbezirk Bergisch Gladbach I**
412/2002

20. **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten im Aufsichtsrat der Stadtverkehrs-**

gesellschaft Bergisch Gladbach mbH
384/2002

21. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

21.1 Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirates in die Ausschüsse des Rates
353/2002

21.2 Anträge der SPD-Fraktion vom 27.05.2002 und 01.07.2002 zur Umbesetzung im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport, im Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) und im Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr
383/2002

21.3 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 02.07.2002 zur Umbesetzung im Ausschuß für die Gleichstellung von Frau und Mann und im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport
433/2002

22. Anträge der Fraktionen

22.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 24.06.2002 zur Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW in Bergisch Gladbach
421/2002

22.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.06.2002 zur Verbraucherberatung in Bergisch Gladbach
426/2002

22.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24.06.2002 zur Entwicklung eines Leitbildes "barrierefreies Bergisch Gladbach"
434/2002

23. Anfragen der Ratsmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Als Grundlage für die heutige Sitzung benennt sie folgende Unterlagen:

1. die Einladung vom 03.07.2002 mit den dazugehörigen Vorlagen,
2. das Schreiben vom 10.07.2002 mit seinen beiden Anlagen,
3. den Beteiligungsbericht 2000,
4. eine Tischvorlage zur „1. Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom 21.03.2002“ und eine Tischvorlage zu der mit der Behandlung dieses Punktes einhergehenden notwendigen Erweiterung der Tagesordnung,
5. ein als Tischvorlage verteilter Vermerk zu Punkt 6 des nichtöffentlichen Teiles.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um den Punkt „1. Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom 21.03.2002“ erweitert.

Es besteht Einvernehmen, daß der zusätzliche Tagesordnungspunkt als Punkt 17a im öffentlichen Teil behandelt wird.

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß die „Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH“ im Hauptausschuß am 09.07.2002 auf Bitten der Verwaltung von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Aufgrund dessen sei dies auch heute notwendig.

Es besteht Einvernehmen, daß Punkt 20 des öffentlichen Teiles von der Tagesordnung abgesetzt ist.

Zuletzt schlägt Bürgermeisterin Opladen vor, die Punkte 22.1 und 22.2 des öffentlichen Teiles aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam zu erörtern.

Auch hierüber besteht Einvernehmen.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 16.05.2002 - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen aktualisiert den Bericht in den Punkten 5, 18, 20 und 23.1. Diese Ergänzungen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im übrigen nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

1. onzert eines Chors aus Pszczyna

   Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß der A-cappella-Chor „Con Fuoco“ am 28.09.2002 im Ratssaal Bensberg im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Forums Ost-West ein Konzert gebe. Da die Mitglieder des Chores privat untergebracht werden sollten und noch nicht genügend Unterkünfte gefunden wurden, bittet sie auch die Mitglieder des Rates, ggf. einen Gast aufzunehmen bzw. an einen geeigneten Gastgeber zu vermitteln.

2. Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln

   Bürgermeisterin Opladen informiert über ein Schreiben der Kreissparkasse Köln vom 25.06.2002, mit dem diese über die Förderaktivitäten der Bank informiert. Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

3. Broschüre „Unerschrocken und entschlossen – Bergische Frauen zeigen Zivilcourage im Nationalsozialismus“

   Bürgermeisterin Opladen weist auf die o.g. Broschüre hin, die allen Ratsmitgliedern überreicht wurde. Diese sei im Rahmen des Aktionsprogramms „Kommunen gegen Rassismus und Extremismus – Für Toleranz und Zivilcourage“ gedruckt worden. Sie empfiehlt allen Ratsmitgliedern, die Ausführungen zu lesen. Von besonderem Interesse sei der Aufsatz über Erna Klug, deren Einsatz die frühere Gemeinde Bensberg vor der Zerstörung durch amerikanische Soldaten bewahrte.

   Sie bedankt sich bei der Gleichstellungsbeauftragten Fahner, die maßgeblich an dem Projekt beteiligt war.

5. Selbständige Schule

Herr Dehler bedauert, daß der Modellversuch offensichtlich vorwiegend von CDU-geführten Städten und Gemeinden mit getragen werde. Der Modellversuch biete die Möglichkeit einer stärkeren Flexibilisierung und diene letztendlich einem wirtschaftlicheren Einsatz der an der jeweiligen Schule vorhandenen Ressourcen. Zudem könn-

ten an diesen Schulen leistungsschwächere Schüler künftig individueller gefördert werden. Positiv sei zudem, daß zwei weitere interessierte Schulen mit einbezogen werden.

Herr Freese entgegnet, daß zwei Schulen, deren Schulleiter ursprünglich die Teilnahme am Modellversuch wünschten, aufgrund des negativen Votums der Schulkonferenz zurücktreten mußten. Die SPD-Fraktion befürworte den Versuch und stimme dem Beschlußvorschlag uneingeschränkt zu.

Herr Dr. Miege stellt klar, daß die Bedenken der Städte Leverkusen und Köln bezüglich einer Teilnahme am Modellversuch sachlich begründet und daher nachvollziehbar waren.

Herr Neuheuser befürwortet das Projekt und wünscht sich die Beteiligung weiterer Schulen.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt sich am Modellvorhaben „Selbständige Schule“ und stimmt dem beiliegenden Kooperationsvertrag zu.

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen von fünf Schulen zwei weitere Schulen in das Modellvorhaben aufzunehmen.

6. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2002

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

1. **Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der überplanmäßigen Ausgabe des Haushaltsjahres 2002 in Höhe von 15.000,00 € wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NW erteilt.**

2. **Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2002 genehmigte überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 1.701,89 € wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NW zur Kenntnis genommen.**

7. Beteiligungsbericht 2000

Herr Dr. Fischer möchte unter Bezug auf die Formulierung des letzten Satzes auf Seite 5 des Beteiligungsberichtes wissen, ob es derzeit einen Überhang an frei finanzierten Wohnungen in Bergisch Gladbach gebe und aufgrund dessen die Errichtung von sozialem Wohnungsbau in Betracht komme. In diesem Segment gebe es nach wie vor eine sehr starke Nachfrage.

Des weiteren sei in der Tabelle auf Seite 18 unter der Rubrik „Passiva“ ein „Rechnungsabgrenzungsposten“ in Höhe von 400.000,-- DM ausgewiesen. Er möchte wissen, was sich hierhinter verberge.

Herr Buchholz erläutert, daß es sich bei den auf Seite 5 des Berichtes benannten 73 Wohnungen um solche im Bereich der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne handele. Die Bauleitplanung hierfür sei inzwischen rechtsverbindlich, mit dem ersten Bauabschnitt werde voraussichtlich am 01.08.2002 begonnen. Eine Nachfrage nach diesen Wohnungen bestehe durchaus. Der zweite Bauabschnitt werde voraussichtlich 2003 anfinanziert und 2004 realisiert. Es handele sich im übrigen ausschließlich um Sozialwohnungen des ersten Förderungsweges.

Herr Ziffus beantragt, den Beteiligungsbericht hinsichtlich der in ihm erfaßten Einrichtungen an die jeweils zuständigen Fachausschüsse zu überweisen. Diese sollten sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten mit einem Tagesordnungspunkt „Zielfestlegung, Leitbilder, Steuerung des Weges der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der städtischen Beteiligungen“ befassen. Insbesondere die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen seien finanziell höchst unterschiedlich strukturiert und erzielten ebenso unterschiedliche wirtschaftliche Ergebnisse.

Herr Dr. Kassner lobt den Bericht als gute Darstellung eines Bereiches von Steuerungsaufgaben des Rates, der normalerweise nicht so starke Berücksichtigung in den Diskussionen finde. Er entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Ziffus, daß eine Reihe der Beteiligungsgesellschaften privatrechtliche Formen besäßen und über die gesetzlich vorgesehenen Gremien gesteuert würden. Für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen gebe es Werksausschüsse, die sich mit den Belangen dieser Einrichtungen auseinander setzten. Wenn überhaupt, könne man über die Gesellschaften des Privatrechtes noch etwas ausführlicher diskutieren. Insgesamt sei der Antrag jedoch überflüssig.

Stadtkämmerer Kotulla weist darauf hin, daß in den Werksausschüssen für die jeweilige eigenbetriebsähnliche Einrichtung gerade die von Herrn Ziffus gewünschte Diskussion erfolgte. Insoweit erkenne auch er in dessen Antrag keinen Sinn. Wenn notwendig, könne die Steuerungsfrage im Rahmen der Behandlung der Wirtschaftspläne der Einrichtungen in den Werksausschüssen künftig etwas intensiver geführt werden.

Sodann lehnt der Rat den Antrag von Herrn Ziffus mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P bei Stimmenthaltung der SPD ab.

Frau Schmidt-Bolzmann bedauert, daß der Beteiligungsbericht für 2000 erst jetzt vorgelegt werde. Sie möchte wissen, ob die Berichte künftig nicht etwas zeitnäher erfolgen können. Das Jahr 2001 sei immerhin bereits seit einem halben Jahr vorbei.

Stadtkämmerer Kotulla betont die Abhängigkeit von den Jahresabschlußprüfungen in den einzelnen Bereichen. Diese erfolgten extern, weshalb die Verwaltung auf die Zeitschiene eher weniger Einfluss nehmen könne.

Herr Kleine erläutert, daß es sich bei dem von Herrn Dr. Fischer benannten „ Rechnungsabgrenzungsposten “ um die erste Rate des Betriebskostenzuschusses der Stadt an die Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH handele. Diese Zahlung erfolge immer so frühzeitig, daß sie zunächst als Rechnungsabgrenzungsposten gebucht werde. Im lau-

fenden Geschäftsjahr werde dieser Posten aufgelöst, müsse jedoch schon bald neu gebildet werden, da auch die kommende Zahlung wieder sehr frühzeitig erfolge. Es handele sich somit um einen durchlaufenden Posten, der nicht zu beanstanden sei.

Im übrigen nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

8. <u>Feststellung des Jahresabschlusses 2000 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Feuerwehr Bergisch Gladbach</u>

Herr Freese weist auf Anlage 2 und auf die dort ausgewiesene Behandlung des Jahresverlustes (einschließlich des Verlustvortrages aus 1999) hin. Aus der allgemeinen Rücklage sei ein Gesamtbetrag von 3.456.203,01 DM auszugleichen gewesen. Er möchte wissen, wie 2001 und 2002 mit der Verlustproblematik umgegangen werde.

Stadtkämmerer Kotulla erläutert, daß es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung handele, die nicht nach Gewinnmaximierung streben könne. Insoweit sehe auch er die von Herrn Freese aufgezeigte Problematik, könne jedoch über deren Tragweite in 2001 und 2002 keine Aussagen machen. Hierbei spiele auch eine Rolle, welche Konsequenzen sich aus dem Brandschutzbedarfsplan ergäben. Es seien Lösungen anzustreben, die letztendlich tragfähig seien. Es liege jedoch auf der Hand, daß der Bereich der Feuerwehr, der bislang nur defizitär arbeiten konnte, sich aufgrund der nunmehr gebotenen kaufmännischen Buchführung als besonders verlustreich ausweise.

Herr Freese entgegnet, daß es für 2000 zwar noch ein (positives) Eigenkapital von 397.234,41 DM gebe. Aufgrund des zu erwartenden Verlustvortrages könne man jedoch bereits für 2001 von einem Defizit in Millionenhöhe ausgehen. Er möchte wissen, durch welche Gegenmaßnahmen die Verwaltung hier gegensteuern wolle. Im übrigen resultiere aus dem Brandschutzbedarfsplan die Notwendigkeit einer erheblichen personellen Aufstockung der Feuerwehr. Um der gesetzlichen Vorschrift, innerhalb von 8 Minuten jeden Brandherd innerhalb der Stadt zu erreichen, entsprechen zu können, müsse die Feuerwehr zusätzliches Personal einstellen.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer erläutert, daß die Wirtschaftsprüfer derzeit den Jahresabschluß für 2001 prüften. Zwar werde das von Herrn Freese benannte Eigenkapital in 2001 aufgebraucht, jedoch liege der zu gewärtigende Verlust bei etwa 400.000,-- DM und falle daher nicht so hoch wie von Herrn Freese befürchtet aus. Eine diesbezügliche Aussage für 2002 sei noch nicht möglich. Die Personalproblematik fließe in den Brandschutzbedarfsplan ein, mit dem sich der Rat noch in diesem Jahr zu befassen habe. Erst danach könne abgesehen werden, welche finanzielle Belastung sich in den nächsten Jahren für die Feuerwehr ergäben.

Stadtkämmerer Kotulla kündigt an, daß die Verwaltung ihre Vorschläge zum Brandschutzbedarfsplan sehr dezidiert formulieren werde. Die von Herrn Freese benannte 8- Minuten-Frist resultiere jedoch nicht aus einem Gesetz, sondern aus einem Erlaß des Landes, der in Teilen bereits zurückgenommen wurde. Eine Steuerung der Feuerwehr unterliege jedoch ganz allgemein erheblichen Sach- und Rechtszwängen, die sich aus deren spezieller Funktion ergäben. Der Brandschutzbedarfsplan könne im übrigen sofort oder aber auch mittel- und langfristig realisiert werden.

Herr Ziffus sieht im Bereich der Feuerwehr kaum Möglichkeiten, wirtschaftlicher zu agieren. Die inzwischen für diese Einrichtung festgelegte kaufmännische Buchführung zeige die Problematik lediglich offener und ehrlicher auf, als dies früher der Fall war. Das Beispiel der Feuerwehr zeige die Sinnhaftigkeit seines unter Punkt 7 abgelehnten Antrages. Unabhängig von einer Beratung und Bescheidung der jeweiligen Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sei die übergreifende Steuerung zu besprechen und festzulegen, in welche Richtung man künftig mit den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen gehen wolle. Man könne sich nicht Jahr zu Jahr von Wirtschaftsplan zu Wirtschaftsplan hangeln und dann, sofern vorliegend, über die wiederum erwirtschafteten Verluste auslassen.

Herr Orth möchte dezidiert wissen, wie das Problem der Abschreibungen, das durch den Jahresabschluss besonders verdeutlicht werde, künftig einer Lösung zugeführt werden kann. Im Beteiligungsbericht werde auf Seite 77 zur Feuerwehr in der dort zu findenden Tabelle unter Passiva lediglich auf einen Rückgriff auf Rücklagen verwiesen. Diese seien doch inzwischen aufgebraucht. Demgegenüber werde der Nettoabschreibungsbedarf für 2001 im Wirtschaftsplan mit ca. 900.000,-- DM prognostiziert. Das Ende der Fahnenstange sei somit bereits für das Wirtschaftsjahr 2001 erreicht. Ein Konzept für die kommenden Jahre sei bislang nicht erkennbar. Die Abschreibungen für das neue Gebäude der Feuerwehr würden noch Jahre in einem erheblichen Umfange zu Buche schlagen. Für die auflaufenden Fehlbeträge gebe es kein Deckungskonzept der Verwaltung. Diese würden sich im Laufe der nächsten Jahre zu einer erheblichen Summe addieren. Man könne diesen auflaufenden Fehlbetrag als Schulden der Stadt bei der Feuerwehr interpretieren. Die SPD-Fraktion habe diese Frage bereits vor etwa zwei Jahren gestellt und bislang keine Antwort erhalten. Er empfiehlt, möglichst schnell zu einem tragfähigen Konzept zu gelangen.

Sodann faßt der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluß:

1.
Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gemäß § 26 Absatz 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2000 in Aktiva und Passiva mit

32.873.602,91 DM

und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust von

8.136.705,53 DM

fest.

Der Betriebskostenzuschuss 2000 von 7.021.484,00 DM aus allgemeinen Haushaltsmitteln ist dabei nicht berücksichtigt.

2.
Der Lagebericht 2000 wird gemäß § 26 Absatz 2 EigVO festgestellt.

3.

Nach Verrechnung des Zuschusses ergibt sich noch ein Jahresfehlbetrag von 1.115.221,53 DM. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages aus 1999 von 2.340.981,48 DM ergibt sich ein Fehlbetrag von gesamt 3.456.203,01 DM. Aus allgemeinen Rücklagen stehen Deckungsmittel von 3.853.437,42 DM zu Verfügung. Somit verbleibt ein (positives) Eigenkapital von 397.234,41 DM.

9. Jahresabschluß 2001 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

1. **Die Bürgermeisterin wird als Gesellschaftsvertreterin bevollmächtigt, in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2001 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen und den Jahresüberschuß der Gesellschaft in Höhe von EUR 211.377,48 in die Gewinnrücklage einzustellen.**

2. **Die Bürgermeisterin wird ebenso bevollmächtigt, den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.**

3. **Die Bürgermeisterin wird bevollmächtigt, für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2002 die Herren Dr. Christian Janssen und Stefan Winden von der Sozietät BFJM zu beauftragen.**

10. Jahres- und Lagebericht 2001 des Stadtarchivs

Frau Ryborsch führt aus, daß im kommenden Jahr die finanziellen Polster aller kulturellen Einrichtungen aufgebraucht sein werden. Man müsse dann um deren Fortbestand bangen. Sie erwarte von der Verwaltung ein Krisenmanagement und Vorschläge, wie ab dem kommenden Jahr den Problemen begegnet werden solle. Auch hier seien insgesamt Zielvorstellungen zu formulieren. Die Tatsache, daß die städtischen Museen für 2000 gestiegene Besucherzahlen nachweisen konnten, stelle einen außerordentlichen Erfolg dar.

Herr Dr. Fischer möchte zur VHS wissen, warum diese über Barmittel in Höhe von etwa 1 Mio. DM verfüge. Hier stünden Sachinvestitionen von lediglich etwa 500.000,-- DM gegenüber. Des weiteren habe der Verwaltungsleiter der VHS in der Bergischen Landeszeitung die Einsparmaßnahmen des Rates in einer Weise kommentiert, die eine objektive Darstellung der Notwendigkeiten vermissen ließ. Er möchte wissen, ob Bürgermeisterin Opladen diesen Ausführungen zustimmt oder was sie getan habe, um diese zu korrigieren.

Herr Buchholz fordert Frau Ryborsch dazu auf, mit zu einer Gesundung der Gemeindefinanzen beizutragen. Dann werde sich auch die finanzielle Situation der kulturtragenden Einrichtungen verbessern. Eines Krisenmanagements bedürfe es aus seiner Sicht nicht. Der Sparkurs werde auch zukünftig fortgesetzt.

Herr Kotulla betont, daß es gerade bei den kulturellen Einrichtungen, die freiwillig seien, nur noch darum gehen könne, was man sich zukünftig noch zu leisten vermag. Ein Aufstocken sei unter den heutigen Bedingungen nicht möglich. Er gehe vielmehr davon aus, daß auch die Leistungen im heutigen Umfang schon bald nicht mehr aufrechterhalten werden können. Es könne künftig dazu kommen, daß man unter den angebotenen freiwilligen Leistungen auszuwählen habe. Es werde in jedem Falle zu weiteren Einschränkungen kommen. Der Verwaltungsleiter der VHS habe naturgemäß seine Sicht der Dinge dargestellt, was aus seiner Funktion heraus erklärbar sei.

Für Herrn Ziffus ist es geboten, Einsparungen in allen eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen vorzunehmen und nicht nur im kulturellen Bereich. Dem habe sein Vorschlag unter Punkt 7 der Tagesordnung mit gedient.

Herr Kleine weist darauf hin, daß es um die Jahres- und Lageberichte für 2001 gehe. In diesen hätten die Einrichtungen nachgewiesen, daß sie in dem betreffenden Jahr korrekt gearbeitet und gewirtschaftet haben. Die von Frau Ryborsch und Herrn Ziffus gewünschte Diskussion gehöre im Grunde genommen in den Rahmen der Haushaltsplanberatungen. Die von Herrn Dr. Fischer benannten Überschüsse der VHS seien über mehrere Jahre entstanden, da kostendeckend kalkulierte Kurse durch höhere Besucherzahlen höhere Einnahmen erzielt hätten. Diese Überschüsse seien buchmäßig natürlich darzustellen gewesen.

Stadtkämmerer Kotulla ergänzt, daß der Überschuss der VHS auf ein kluges Management schließen lasse. Der Überschußbetrag könne zudem dazu dienen, eine Vorsorge für schlechtere Zeiten darzustellen.

Herr Dr. Miege merkt an, daß sich die Volkshochschule im Rahmen der vom Rat beschlossenen 10%igen Pauschalenkürzungen überproportional beteiligen musste. Dies habe letztendlich zum Erhalt der Musikschule mit beigetragen.

Auf Nachfrage von Herrn Freese stellt Stadtkämmerer Kotulla dar, daß die vom Liegenschaftsbetrieb erwirtschafteten Erträge selbstverständlich in den allgemeinen Haushalt fließen.

Bürgermeisterin Opladen führt aus, daß die VHS ihren Überschuss u.a. dadurch erwirtschaften konnte, weil sie einen städtischen Zuschuss erhalte. Der Liegenschaftsbetrieb sei demgegenüber der einzige, der ohne Unterstützung Gewinne erwirtschafte.

Im übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

11. Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

12. Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Bildungseinrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

13. Jahres- und Lagebericht 2001 der Stadtbücherei

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

14. Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach"

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

15. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfrage zum Gewerbegebiet Spitze

Bürgermeisterin Opladen verweist auf ein Schreiben der Bürgerinitiative Herkenrath, vertreten durch Herrn Dr. Frank Grätz, zum Gewerbegebiet Spitze und dessen Anbindung. Da Herr Dr. Grätz nicht persönlich anwesend ist, wird die Einwohneranfrage nicht behandelt. Stattdessen sichert Bürgermeisterin Opladen eine schriftliche Beantwortung zu.

Sowohl die Einwohneranfrage als auch das Antwortschreiben der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

16. Schenkungen und Stiftungen an die Museen der Stadt Bergisch Gladbach

Bürgermeisterin Opladen spricht den Stiftern und Schenkern im Namen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach Dank und Anerkennung aus.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Die in der Auflistung benannten, einen Gesamtwert von rd. 250.000,- € darstellenden Schenkungen werden angenommen.

17. Freistellung von der Verdingungsordnung für Bauleistungen und Leistungen (VOB und VOL)
- Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach am Modellversuch des Landes nach § 126 Go NW -

Herr Freese kündigt die Zustimmung der SPD zum Beschlußvorschlag an. Die Stadt müsse in ihrer finanziellen Situation nach jeder Möglichkeit greifen, um finanzielle Einsparungen zu erzielen. Er bedauert, daß die Stadt nicht bereits an dem seit 1999

laufenden Modellversuch teilnehmen konnte. Nunmehr habe das Land sie für einen neuen Modellversuch mitbenannt und es fehle nur noch die Freistellungsgenehmigung des Innenministeriums. Der Korruptionsbeauftragte der Verwaltung solle die Angelegenheit künftig mit begleiten und im Rahmen der Diskussion der alle sechs Monate vorzulegenden Berichte zu Wort kommen.

Frau Ryborsch bewertet den Einspareffekt bei den 17 Kommunen des ersten Modellversuches als außerordentlich gering. Ihre Fraktion lehne den Beschlußvorschlag ab. Zum einen befürchte das mittelständische Baugewerbe mehr Korruption als bisher bei der Vergabe. Zum zweiten bedinge die notwendige Verhandlungsform eine Personalstärke, die die Verwaltung nicht habe.

Herr Neuheuser beantragt, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt auf die nächste Ratssitzung zu vertagen. Die Teilnahme am Modellversuch könne zwar geeignet sein, in der Tat für den städtischen Haushalt Einsparungen zu bewirken. Demgegenüber stehe jedoch das hochsensible Thema der Korruption, zu dessen Handhabung durch die Stadt ein Konzept zu entwerfen sei. Dies müsse zuerst geschehen. Außerdem solle der Korruptionsbeauftragte im Rat hierzu vortragen.

Sodann lehnt der Rat den Vertagungsantrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P mehrheitlich ab.

Herr Dr. Fischer bekundet seine Zustimmung zum Beschlußvorschlag. Er korrigiert die Wiedergabe des Vergabeausschußbeschlusses auf Seite 10 der Anlage der Tagesordnung dahingehend, daß dieser gegen eine Stimme der CDU und gegen eine Stimme der SPD gefaßt wurde. Die restlichen Mitglieder der CDU hätten dafür gestimmt. Er bittet um Auskunft des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes, ob durch eine abgestimmte Vorgehensweise den Bedenken hinsichtlich der Korruption entgegengetreten werden könne.

Herr Hagen begründet den vom Beschluß des Hauptausschusses abweichenden Beschluß des Vergabeausschusses damit, daß seinerzeit noch weitgehende Unklarheit über die Modalitäten des Modellversuches bestanden. Die Freistellungsgenehmigung des Innenministeriums liege immer noch nicht vor. Allerdings sei klar, daß man jederzeit aus dem Versuch wieder aussteigen könne. Insoweit verschlage ein Beschluß des Rates in der Formulierung des Hauptausschusses nichts. Er geht davon aus, daß die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung verantwortlich mit den neuen Freiheiten umgehen können. Zudem gebe es auch dann immer noch einen Vergabeausschuß und ein Rechnungsprüfungsamt. Das Modell biete in jedem Falle die Möglichkeit einer wesentlich flexibleren Verhandlungsführung.

Herr Buchholz geht davon aus, daß im Rahmen des Modellversuches künftig die heimische Bauwirtschaft verstärkt mit Aufträgen bedacht werden kann. Dies sei vor dem Hintergrund von deren wirtschaftlicher Lage notwendiger denn je. In einer prekären Haushaltslage wie der jetzigen stelle auch eine Einsparung bei nur einer Vergabe eine Notwendigkeit dar und rechtfertige das ganze. Letztendlich diene die neue Regelung auch der Sicherung von Arbeitsplätzen. Im übrigen bleibe der Rat auch zukünftig der Herr des Verfahrens.

Stadtbaurat Schmickler weist darauf hin, daß der erste Versuch des Landes sich ledig-

lich auf Eigenbetriebe beschränkte. Durch den zweiten Versuch werde nunmehr die gesamte Bandbreite kommunaler Aktivitäten erfaßt. Die beiden kommunalen Spitzenverbände erachteten im Grunde den zweiten Versuch als überflüssig und verträten die Auffassung, daß die in Rede stehenden Erleichterungen bei der Vergabe unmittelbar landesweit eingeführt werden sollten. Er weist darauf hin, daß das Baugewerbe in einem Gespräch mit Ministerpräsident Clement auf die von Frau Ryborsch benannten Probleme nicht hingewiesen habe. Die Freistellungsgenehmigung sei innerhalb des Innenministeriums noch in Bearbeitung und der Stadt daher noch nicht übersandt worden. Er habe sich allerdings von Kommunen, die am ersten Versuch teilnahmen, einige von deren internen Bestimmungen besorgt. Diese könne man zur vorläufigen Grundlage des hiesigen Handelns machen. Er geht davon aus, daß die Bestimmungen der neuen Freistellungsgenehmigung denjenigen der für den ersten Versuch erteilten sehr ähnlich sind und es auch in Bergisch Gladbach im Rahmen des Versuchs nicht zu Korruptionsfällen komme.

Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Herr Prinz, teilt mit, daß er die Fachbereiche gebeten habe, bei den im Rahmen des Versuchs liegenden Vergaben von vorneherein mit an den Verhandlungen teilnehmen zu dürfen. Dies gewährleiste aus seiner Sicht einen hohen Schutz vor möglicher Korruption und gleiche die entfallenden Sicherungsmechanismen der VOB aus.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der KIDitiative und bei einer Gegenstimme aus den Reihen der CDU folgenden

Beschluß:

Die Stadt Bergisch Gladbach nimmt am Modellversuch des Landes Nordrhein - Westfalen (Innenministerium) nach § 126 GO NW "Freistellung von der Verdingungsverordnung für Bauleistungen und Leistungen (VOB und VOL)", unter Federführung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalens (STGB NRW) teil.

Die als Ortsrecht erlassene Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach (Vergabeordnung für die Vergabe von Leistungs- und Lieferaufträgen der Stadt Bergisch Gladbach (VergO) wird für den Zeitraum des Versuches bis 31.12.2003 insoweit außer Kraft gesetzt, als nach

Ziffer 2.2
a), Abschnitt 1 der Verdingungsordnung für Leistungen - ausgenommen Bauleistungen -, Teil A (VOL/A) und
b), Abschnitt 1 der Verdingungsordnung für Bauleistungen, Teil A (VOB/A) in der maßgeblichen Form anzuwenden sind,

- soweit die Freistellungsgenehmigung des Innenministeriums des Landes NRW diese Vorgaben einschränkt.

Die Änderungen der bisherigen Verfahrensweise beziehen sich überwiegend auf Regelungen in Bezug auf die Zulassung von Nachverhandlungen über die Vergabesumme und über Ausführungsvarianten, Abweichungen von den VOB -

Fristen und Abweichungen bei der Submission.

17a. <u>1. Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß vom 21.03.2002</u>

Der Rat faßt einstimmig folgenden

<u>Beschluß:</u>

Die 1. Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß vom 21.03.2002 wird in der Fassung der Anlage beschlossen.

18. <u>Änderung Nr. 112/1494 - Auf´m Büchel - des Flächennutzungsplanes</u>
<u>- Beschlüsse zu Anregungen</u>
<u>- Beschluss als Satzung</u>

Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende

<u>Beschlüsse:</u>

I. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Änderung Nr. 112/1494 – Auf'm Büchel - des Flächennutzungsplanes vorgebrachten Anregungen des Einwenders T1 Rheinisch-Bergischer Kreis – Der Landrat – werden zurückgewiesen.

II. Gemäß § 2 des Baugesetzbuches ist die Änderung Nr. 112/1494 – Auf'm Büchel – des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Änderung ist ein Erläuterungsbericht beigefügt (§ 5 Abs. 5 BauGB).

19. <u>Wiederwahl des Schiedsmannes für den Schiedsamtsbezirk Bergisch Gladbach I</u>

Herr Freese begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

<u>Beschluß:</u>

Herr Klaus – Peter Freese wird zum Schiedsmann für den Schiedsamtsbezirk Bergisch Gladbach I gewählt.

Herr Freese kehrt an seinen Platz zurück.

20. <u>Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten im Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH</u>

Der Tagesordnungspunkt ist abgesetzt.

21. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

21.1 Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirates in die Ausschüsse des Rates

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Rat beschließt die Vertretung des Seniorenbeirates in den folgend genannten Ausschüssen durch die seitens des Seniorenbeirates vorgeschlagenen Mitglieder:

1. **Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß):**
   Frau Gertrud Coester, Vertreter: Herr Hans Kölschbach

2. **Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr:**

Frau Käthe Berghausen, Vertreter: Herr Hermann Becker

3. **Planungsausschuß:**
   Herr Manfred W. Kautz, Vertreter: Herr Rainer Möller

4. **Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport:**
   Herr Willy Joppich, Vertreterin: Frau Eva- Marie Beisner

21.2 Anträge der SPD-Fraktion vom 27.05.2002 und 01.07.2002 zur Umbesetzung im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport, im Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) und im Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Den Ausschußumbesetzungen wird zugestimmt.

21.3 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 02.07.2002 zur Umbesetzung im Ausschuß für die Gleichstellung von Frau und Mann und im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Den Ausschußumbesetzungen wird zugestimmt.

Bürgermeisterin Opladen unterbricht die Sitzung für fünf Minuten.

22. Anträge der Fraktionen

22.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 24.06.2002 zur Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW in Bergisch Gladbach

und

22.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.06.2002 zur Verbraucherberatung in Bergisch Gladbach

Herr Freese betont den Umfang der öffentlichen Diskussion zu der Angelegenheit. Er verweist auf das Beispiel Langenfeld, wo derzeit eine neue Verbraucherberatungsstelle eingerichtet werde. Er weist darauf hin, daß bislang zwar nur Kürten eine finanzielle Beteiligung zugesagt habe, eine solche Bereitschaft nach den Bundestagswahlen jedoch auch in Rösrath bestehen könnte. Die Verbraucherberatungsstelle habe in der Zeit ihres bisherigen Bestehens außerordentlich gute Arbeit geleistet. Der von ihr gebotene Service solle für die Bürgerschaft auch künftig erhalten bleiben. Sie leiste insbesondere auch für Senioren, bei denen die Aufgabe des Wohneigentums zugunsten eines Umzuges in eine betreute Einrichtung anstehe, wertvolle Hilfe. Der legal angebotene Zinsvergleich von Kreditgebern helfe Bauwilligen bei ihrer Entscheidung. Insgesamt könne man auf die etwa 11.000 Beratungen, die die Verbraucherberatung pro Jahr leiste, nicht verzichten. Die Förderungssumme, die im Raume stehe, betrage lediglich 0,01 % des verwaltungsseitigen Personalhaushalts. Eine Unterbringung biete sich künftig auch in städtischen Räumlichkeiten an.

Auch Frau Ryborsch betont die gute Arbeit der Verbraucherberatungsstelle seit Beginn ihres Bestehens. Sie sei seitdem allerdings immer wieder von Seiten der CDU angegangen worden, wodurch der Bestand stets gefährdet war. Auch sie betrachtet die Finanzierung als eine kreisübergreifende Angelegenheit. In der Pflicht seien daher auch die übrigen kreisangehörigen Kommunen. Neben Kürten hätten inzwischen aber auch Odenthal und Rösrath eine Bereitschaft signalisiert, sich mit der Angelegenheit zumindest zu befassen. Das Verhalten der CDU sei widersprüchlich. Zum einen betone die Fraktionsspitze die Sinnhaftigkeit der Einrichtung, auf der anderen Seite äußere sich die Bürgermeisterin dagegen. Es gebe durchaus andere Möglichkeiten für Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen.

Herr Neuheuser betont, daß die Verbraucherberatungsstelle der Verwaltung durchaus Arbeit abnehme. Er weist darauf hin, daß auch die Stadtwächter eine freiwillige Leistung seien, und regt an, in diesem Bereich ebenfalls einzusparen. Er geht davon aus, daß sich die Bürger des Kreises künftig an die Verbraucherberatungsstelle in Köln wenden. Es sei zu gewärtigen, daß diese in naher Zukunft die Stadt auffordere, sich an einer Finanzierung zu beteiligen.

Frau Schmidt-Bolzmann betont, daß bei der Gründung der Verbraucherberatungsstel-

le die seinerzeit in ihr integrierte Schuldnerberatung die wichtigste Rolle gespielt habe. Diese sei inzwischen herausgelöst worden und in ihrem Bestand gesichert. Das man die Verbraucherberatung nunmehr nicht mehr fördern könne bedaure sie zwar, sei jedoch eine haushaltsbedingte Notwendigkeit. Der beabsichtigte Beschluß stehe allerdings in einem Widerspruch zu anderen freiwilligen Leistungen, die der Rat erst kürzlich beschlossen habe. Sie benennt hierfür das Beispiel der Förderung eines Internetcafes.

Herr Buchholz weist darauf hin, daß es sich bei der Verbraucherberatung um eine Landesaufgabe handele. Wenngleich das Land mitfinanziere, stehe die Stadt mit einem erheblichen Betrag in der Pflicht. Hinzu komme, daß Bund und Länder in den letzten Jahren mehr und mehr Aufgaben auf die Kommunen übertragen hätten, ohne für eine adäquate Finanzierung zu sorgen. Vor dem Hintergrund des Verhaltens der übrigen kreisangehörigen Kommunen werde die CDU sich keinesfalls zu einer Mitfinanzierung der Verbraucherberatungsstelle in Köln verstehen. Er geht davon aus, daß die angeblichen Zusagen aus Rösrath und Odenthal nicht zum Tragen kommen. Die Attraktivität der Stadt werde durch die Schließung der Verbraucherberatungsstelle keinesfalls leiden. Er unterstellt, daß viele von den Leserbriefschreibern die Dienste dieser Stelle überhaupt nicht in Anspruch nähmen. Um festzustellen, daß mit der Einführung des Euro eine erhebliche Verteuerungswelle gekommen sei, benötige man nicht die Dienste der Verbraucherberatung. Die zugrunde zu legenden Statistiken würden ohnehin auf Bundesebene erstellt. Es sei notwendig, bei den freiwilligen Leistungen zu sparen, und die Verbraucherberatung werde es als erste treffen. Die CDU verweigere den Zuschuß an diese Einrichtung.

Frau Wöber-Servaes betont, daß der CDU der Verbraucherschutz am Herzen liege. Sie geht davon aus, daß es aufgrund der Einsparmaßnahmen des Landes vor allem im sozialen Bereich 2003 noch viel schmerzhaftere Eingriffe auch in Bergisch Gladbach geben werde. Sie wirft der Verbraucherberatungsstelle vor, die Zeichen nicht erkannt zu haben. Es seien keine Vorschläge mehr gekommen, die Kosten weiter herunterzufahren.

Herr Hoffstadt beantragt namentliche Abstimmung.

Herr Kleine wirft der CDU eine restriktive Politik auf Kosten der sozial Schwächeren vor. Sie habe es aufgrund ihrer absoluten Mehrheit im Rat offensichtlich nicht nötig, auch nur kleinste Kompromisse mit der Opposition einzugehen. Im Falle der Verbraucherberatung wolle sie offensichtlich eine harte Hand zeigen. Es gebe dagegen andere Bereiche der freiwilligen Leistungen, wo schützend die Hand darüber gehalten werde. Es sei denkbar, die Verbraucherberatungsstelle über Einsparungen im Bereich der Vergaben entsprechend dem unter Punkt 17 diskutierten Modell sicherzustellen.

Für Herrn Dr. Miege hat die Verbraucherberatung die wichtige Funktion, eine Inanspruchnahme der Schuldnerberatung nach Möglichkeit zu verhindern. Jedes Abgleiten eines Bürgers in die Sozialhilfe aufgrund einer Überschuldung schlage sich letztendlich als Belastung im städtischen Haushalt nieder. Die Verbraucherberatung berate die von einer Überschuldung Betroffenen, wie sie ihr Kaufverhalten unter dem Gesichtspunkt einer Kosteneinsparung optimieren können. Im Vergleich zum Nutzen sei die hierfür von der Stadt bereitzustellende Summe geradezu lächerlich.

Auch Herr Dr. Kassner geht davon aus, daß künftige Einsparmaßnahmen noch viel drastischer ausfallen werden. Die finanzielle Misere der Stadt sei nicht in eigener Verantwortung, sondern von Bund und Land erzeugt worden. Das Aufkommen der Gewerbesteuer sei massiv weggebrochen. Der Anteil an der Einkommenssteuer sei durch die Bundesregierung gemindert worden. Das Land kürze seine Schlüsselzuweisungen. Versuche man nicht drastisch zu sparen, werde die Stadt insolvent. Er geht davon aus, daß vor allem jüngere Leute durchaus in der Lage seien, sich über das Internet über Preisvorteile zu informieren. Hierdurch werde zumindest ein Teil der Arbeit der Verbraucherberatung aufgefangen. Diese hätte vom Ratsbeschluß des vergangenen Jahres Kenntnis und daher Gelegenheit gehabt, sich selbst in den Verhandlungen mit den anderen kreisangehörigen Kommunen hinsichtlich einer Mitfinanzierung zu engagieren. Dies sei jedoch unterblieben.

Herr Müller geht davon aus, daß sich das Defizit der Stadt schon bald auf ca. 20 Mio. Euro anhäufe. Insoweit habe man sich mit allen freiwilligen Leistungen zu befassen, wenn man überleben wolle. Auch er geht von einer guten Arbeit der Verbraucherberatungsstelle aus, nur könne man sich diese zukünftig nicht mehr leisten.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, daß Internetrecherchen in erster Linie eine Domäne jüngerer Bürger sei. Senioren hätten hierzu eher nicht die Möglichkeit.

Herr Orth geht davon aus, daß es trotz der prekären finanziellen Situation Entscheidungsspielräume gibt. Mit etwa 120.000,-- € handele es sich bei der Verbraucherberatungsstelle um eine der preiswertesten Einrichtungen überhaupt. Es gebe keine Beratungsinstitution, die mit einem derart geringen Budget mehr Bürger erreiche als diese. Sie habe des weiteren mit ca. 50% den geringsten städtischen Förderanteil. Es stehe fest, daß die Landeszuschüsse nicht gekürzt würden. Die Stadt verfüge über etwa 1200 Stellen, von denen jede im Schnitt 40.000 € pro Jahr koste. Durch Einsparungen in diesem Bereich könne die notwendige Förderungssumme erzielt werden.

Bürgermeisterin Opladen betont, daß die Stadt im Falle einer privaten Unternehmensstruktur bereits insolvent wäre. Die CDU und die F.D.P im Rat seien die einzigen, die sie bei ihrem Bemühen um Kosteneinsparungen angemessen unterstützten. Schmerzhafte Einsparungseingriffe werde es künftig in allen Bereichen, insbesondere aber auch im Sozialen geben. Insgesamt werde der Verteilungskampf vor Ort wesentlich härter als bisher. Das Land wolle sich massiv aus bisherigen Förderungsaktivitäten zurückziehen. Dies habe u.a. auch zur Konsequenz, daß die finanzielle Situation der derzeit noch gesicherten Schuldnerberatung prekär werden könne. Man müsse zur Kenntnis nehmen, daß inzwischen auch das Land keinerlei finanziellen Spielraum mehr habe. Sie weist auf das drohende Haushaltssicherungskonzept hin, das jedoch durch diesen Rat mit Inhalt zu füllen und durch entsprechende Beschlüsse umzusetzen sei. Die Vorgaben kämen dann allerdings vom Sparkommissar. Auch sie betont, daß der Beschluß des Rates vom vergangenen Jahr der Verbraucherberatungsstelle bekannt war.

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß durch die Ausdehnung der parkpflichtigen Zeiten von 17.00 auf 18.00 Uhr Einnahmen erzielen könnten, deren Höhe den Fortbestand der Verbraucherberatungsstelle sichere. Sie möchte wissen, wann von der CDU ein entsprechender Antrag in diese Richtung gestellt werde.

Sodann wird über den Antrag der SPD-Fraktion namentlich abgestimmt. Die Ab-

stimmungsliste ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Im Ergebnis ergibt sich folgender, von CDU und F.D.P getragener mehrheitlicher

Beschluß:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.

Mit Blick auf dieses Abstimmungsergebnis zieht Frau Ryborsch den Antrag ihrer Fraktion zurück.

Eine Abstimmung hierüber erübrigt sich somit.

22.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24.06.2002 zur Entwicklung eines Leitbildes "barrierefreies Bergisch Gladbach"

Frau Ryborsch begründet den Antrag. In die Diskussion seien neben dem Behinderten- und dem Seniorenbeirat auch die Verbände mit einzubeziehen.

Herr Buchholz weist darauf hin, daß bereits in mehreren Gesetzen Auflagen hinsichtlich einer Barrierefreiheit eingeflossen sind. Er benennt als Beispiel die Landesbauordnung. Er versteht den Antrag als Hinweis darauf zu achten, daß in Bergisch Gladbach alle gesetzlichen Auflagen in dieser Richtung nach Möglichkeit erfüllt werden. Eine Diskussion in den Fachausschüssen hält er für wenig sinnvoll.

Herr Waldschmidt schlägt vor, daß sich der Behindertenbeirat mit dem Antrag befasst. Dieser könne ihn anschließend mit einer Empfehlung an den Rat zurückverweisen.

Frau Ryborsch ergänzt, daß auch der Seniorenbeirat mit einbezogen werden sollte. Mit den Empfehlungen des Behinderten- und des Seniorenbeirates könne die Angelegenheit dann wieder diskutiert werden.

Es besteht Einvernehmen, daß so verfahren wird.

23. Anfragen der Ratsmitglieder

1. Anfrage zur Werbekampagne für das Schülerticket der Stadtverkehrsgesellschaft

   Frau Schneider verleiht ihrem Entsetzen über die schreckliche sexistische Werbekampagne der Stadtverkehrsgesellschaft für das Schülerticket Ausdruck. Sie möchte wissen, ob Bürgermeisterin Opladen als Aufsichtsratsvorsitzende der Gesellschaft hiervon gewußt habe. Da der Geschäftsführer offenbar kein Unrechtsbewußtsein habe, wäre eine Einschaltung der Gleichstellungsbeauftragten geboten gewesen.

   Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß sie die Postkarten, auf die sich der Vorwurf beziehe, erst gestern gesehen habe. Sie habe daraufhin angeordnet, die weitere Verteilung derselben zu unterlassen. Damit habe sie sich über die Presseberichterstattung den Vorwurf der Prüderie von Frau Ryborsch eingehandelt. Sie

habe die Gleichstellungsbeauftragte gebeten, ein klärendes Gespräch mit dem Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft zu führen.

Herr Waldschmidt stellt zu der Angelegenheit folgende Fragen:

a) In welcher Funktion habe Bürgermeisterin Opladen ihre Anordnung gegenüber dem Geschäftsführer getroffen?

b) Wann habe Bürgermeisterin Opladen erstmalig Kenntnis über Art, Inhalt und Form der Werbeaktion erhalten?

c) Welchen Betrag habe die Werbekampagne, die nunmehr gestoppt worden sei, gekostet?

Bürgermeisterin Opladen antwortet, sie habe die Anordnung als Aufsichtsratsvorsitzende und Bürgermeisterin der Stadt erteilt. Von den Postkarten habe sie erstmalig gestern um 16.00 Uhr Kenntnis erlangt. Die genauen Kosten für die Werbekampagne wisse sie nicht, allerdings sei auf ihre Anordnung hin nur noch die Verteilung in der Schule Im Kleefeld untersagt worden. Es sei jedenfalls kein Geld vergeudet worden, da der größte Teil der Postkarten bereits verteilt war. Die genauen Beträge könnten nur durch den Geschäftsführer der Straßenverkehrsgesellschaft benannt werden.

Frau Ryborsch bemerkt, daß sie Bürgermeisterin Opladen nicht der Prüderie bezichtigt habe. Die Presse habe ihre Presseerklärung nicht korrekt wiedergegeben und in diesem Sinne verfälscht. Sie fordert eine juristische Überprüfung, inwieweit Bürgermeisterin Opladen als Aufsichtsratsvorsitzende befugt war, die Werbekampagne zu stoppen. Auch sie möchte eine Angabe über die Höhe der Kosten der Aktion.

Bürgermeisterin Opladen betont, daß es Zeit zum Handeln gewesen sei. Sie habe die Postkarten als sexistisch und geschmacklos empfunden, allerdings nicht angeordnet, eine ganze Werbekampagne einzustampfen, sondern lediglich die Verteilung der restlichen Postkarten an der benannten Schule gestoppt.

Frau Schmidt-Bolzmann betont, daß die Broschüre zur Werbekampagne sehr gelungen sei.

2. <u>Anfrage zum Projekt zur Verlegung des Busbahnhofes</u>

Frau Schmidt-Bolzmann stellt zum Projekt der Verlegung des Busbahnhofes folgende Fragen:

a) Sei zu befürchten, daß das Land im Rahmen seiner allgemeinen Einsparmaßnahmen auch die Zuschüsse für das o.g. Projekt kürze oder gar streiche?

b) Welchen Stand habe das Projekt inzwischen?

3. <u>Anfrage zum Linienweg der Buslinie 451 in Refrath</u>

Herr Jung weist darauf hin, daß ein Refrather Bürger gegen die Linienführung der o.g. Buslinie geklagt habe. Er fragt nach dem Stand des Verfahrens.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, daß der Kläger sowohl beim Landgericht als auch beim Oberlandesgericht mit seiner Klage gescheitert sei. Das Oberlandesgericht habe eine Revision nicht zugelassen.

4. Anfragen zur Produktliste

Frau Böhrs nimmt Bezug auf die Diskussion zu Punkt 5 des nichtöffentlichen Teiles – Umsetzung eines Vorschlags aus der Produktkritik : Karneval – Standard reduzieren – des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 02.07.2002 und stellt hierzu folgende Fragen:

a) Nach welcher Liste würden die Punkte der Produktkritik aufgearbeitet?

b) In welchen Ausschüssen würden die einzelnen Punkte diskutiert?

c) In welcher Reihenfolge würden die Punkte abgearbeitet?

d) Würden nunmehr alle Punkte im nichtöffentlichen Teil der Ausschußsitzungen abgearbeitet? (Wie auch der o.g. Punkt im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport.)

e) Erhielten die Ausschüsse in Bezug auf die Entscheidung über Punkte der Produktkritik nunmehr größere Vollmachten?

f) Inwieweit seien die Entscheidungen eines Fachausschusses zu Punkten der Produktkritik bindend, wenn eine abschließende Entscheidung im Rat nicht mehr erfolge?

5. Anfrage zum Einbau von Euro-Schlössern in die Türen von öffentlichen Toiletten

Frau Schöttler-Fuchs weist darauf hin, daß vor einiger Zeit der Einbau von Euro-Schlössern in die Türen von öffentlichen Toiletten im Stadtgebiet diskutiert wurde. Sie fragt an, wie diesbezüglich der Sachstand ist.

Die Anfragen werden, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.